HAUPTVERBAND DER DEUTSCHEN HOLZINDUSTRIE

Wahlprogramme im Branchencheck

Der Hauptverband der Deutschen Holzindustrie e.V. hat eine Auswertung der Wahlprogramme der folgenden Parteien vollzogen und diese auf die Kompatibilität zu dem HDH-Bundestags-Forderungspapier überprüft.

- CDU – Christlich Demokratische Union Deutschlands /CSU – Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.
- SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- Bündnis 90/Die Grünen
- FDP – Freie Demokratische Partei
- Die Linke
- BSW – Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit
- AfD – Alternative für Deutschland

Die Bewertung findet dabei basierend auf den folgenden vier Kriterien statt: Das Parteiprogramm entspricht den Forderungen des HDH e.V., entspricht teilweise den Forderungen, ~~neutral oder unklar,~~ das Parteiprogramm entspricht nicht den Forderungen des HDH e.V. und das Parteiprogramm gibt hierzu keine Aussage.

Dies soll keineswegs eine Wahlempfehlung bedeuten, sondern einerseits interessierten Leserinnen und Lesern die Möglichkeit geben, die Parteiprogramme entsprechend zu bewerten. Für einen Dialog zu den ausgewählten Aspekten der Parteiprogramme steht der HDH e.V. selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Pläne zur Konjunkturbelebung

Als Wirtschaftsverband setzt sich der HDH für verlässliche und wettbewerbsfreundliche Rahmenbedingungen ein. Dazu gehören der Abbau unnötiger Bürokratie und Berichtspflichten, um Unternehmen zu entlasten und ihre Innovationskraft zu fördern. Zudem sind wettbewerbsfähige Energiepreise unerlässlich – staatliche Abgaben und Umlagen müssen reduziert werden, um die Produktionskosten nicht unnötig zu belasten. Ein funktionierender europäischer Binnenmarkt ist ebenfalls von zentraler Bedeutung, da er Wachstumspotenziale freisetzt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärkt.

Diese zentralen Forderungen des HDH werden mit den Parteiprogrammen der Bundesparteien abgeglichen, um ihre Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu bewerten.

Partei	Bewertung
SPD	Die SPD plant eine Investitionsprämie ("Made in Germany"-Bonus), die Unternehmen Anreize bietet, in Deutschland zu investieren. Als konkret benannte Maßnahme sollen zehn Prozent der Investitionssumme über eine Steuererstattung an die Betriebe zurückfließen. Gleichzeitig soll ein "Investitionsturbo" (Planungssicherheit und Förderung von Innovationen) ein Wachstumsumfeld für Unternehmen schaffen. Hier fehlen detaillierte Angaben zu spezifischen Maßnahmen oder Umsetzungsstrategien. In Bezug auf den Bürokratieabbau setzt die SPD auf die Modernisierung der Verwaltung und die Beschleunigung von Verfahren als zentrales Anliegen. Die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele bleiben jedoch weitgehend unkonkret. Finanziert werden soll diese Prämie u.a. aus der Einführung der Kapitalertragssteuer, Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer.
Die Grünen	Die Grünen versprechen eine breitere Ausgestaltung der Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen, dauerhaft günstige Energie für die Wirtschaft sowie umfassenden Bürokratieabbau. Die Schwellenwerte für die Definition von KMU soll angehoben werden und es soll eine für fünf Jahre befristete, unbürokratische Investitionsprämie von 10 Prozent für alle Unternehmen und alle Investitionen mit Ausnahme der Gebäudeinvestitionen geben. Zwar ist geplant, wie bei der SPD eine Erbschafts- und Vermögenssteuer einzuführen. Eine Gegenfinanzierung für die Summe der geplanten Steuererleichterungen wird nicht geliefert.
CDU/CSU	Um die Wirtschaft zu beleben, plant die CDU die Unternehmensbesteuerung attraktiver zu gestalten, Wachstumsimpulse über Turboabschreibungen zu setzen, die Stromsteuer zu senken und Jahresgesetze zum Bürokratieabbau zu erlassen. Die CDU/CSU wird konkret beim Thema Bürokratieentlastungen: Das LkSG möchte man abschaffen und auch die EU-Taxonomie sowie die CSRD eindämmen. Es soll eine Hightech-Agenda geben sowie einen vereinfachten Zugang für KMU zu Forschungs- und Innovationsprogrammen.
CDU/CSU	Holz soll als nachhaltiger und vielseitiger Rohstoff gefördert werden. Hierzu soll es zu einer Entlastung von Unternehmen in der Holzverarbeitung kommen, indem regulatorische Hürden gesenkt werden. Ob damit die Europäische Entwaldungsverordnung gemeint ist, bleibt offen.

Partei	Bewertung
FDP	Die FDP möchte ein sofortiges dreijähriges Moratorium für Bürokratie. Es darf keine neuen Regularien geben, die für Unternehmen zu neuen bürokratischen Belastungen führen, es sei denn, sie sind vorher in gleichem Umfang abgebaut worden. Die EU-Taxonomie, CSRD, EU-Lieferkettenrichtlinie sollen abgeschafft und nationale Sonderwege vermieden werden. Außerdem soll es jedes Jahr ein Jahresbürokratieentlastungsgesetz geben und das Vergaberecht soll drastisch vereinfacht werden, auch mit Genehmigungsfiktionen. In der Wirtschaft sieht man die Kreislaufwirtschaft als zentrales Instrument und man möchte die Unternehmenssteuerbelastung absenken sowie KMU steuerlich entlasten. Die FDP sieht sämtliche Nutzung von Holz aus nachhaltiger Bewirtschaftung als klimaneutral an.
Die Linke	Die Industrie soll mit einer Summe von 200 Mrd. Euro umgebaut werden. Dieses Geld soll aus einem Investitionsfonds kommen, aus dem Unternehmen entweder mit langfristigen Krediten oder im Austausch für Gesellschaftsanteile beim klimagerechten Umbau unterstützt werden. Die genaue Finanzierung wird nicht ausgeführt und ist demnach anzuzweifeln. Bürokratieabbau wird zwar erwähnt, aber wenig konkret ausgeführt.
BSW	Im Wahlprogramm des BSW werden Bürokratieabbau und die Abschwächung von Berichts- und Dokumentationspflichten zentral angesprochen. Des Weiteren sollen regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden. Umsetzung und Finanzierung offen.
AFD	Die AfD möchte Energie-, Strom- und Unternehmenssteuern senken sowie Berichts- und Dokumentationspflichten reduzieren. Sie möchte drastisch die Berichtspflichten und Dokumentationspflichten für den Mittelstand abbauen und das Vergaberecht vereinfachen. Alles Maßnahmen, die die Wirtschaft fördert. Sie will auch das Baumaterials und den Energieträger Holz fördern. Die Partei leugnet gleichzeitig aber den menschengemachten Klimawandel und bezeichnet Wind und Solar als „angeblich erneuerbaren Energien“. Sie plant die Verlängerung der Laufzeiten der Kohlekraftwerke und den Wiedereinstieg in die Nutzung der Kernenergie. Der Klimawandel wird von der Wirtschaft und insbesondere der Holzindustrie und Forstwirtschaft als eines der größten wirtschaftlichen Risiken angesehen. Insgesamt ambivalente Ziele und Pläne.

Tarif und Sozialpolitik

Dem Forderungspapier des HDH sind für den Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik folgende Kernforderungen zu entnehmen: Die Sicherstellung von Tariftreue, eines fairen Mindestlohns sowie einer stabilen sozialen Absicherung und verlässlicher Sozialabgaben. Um die Wettbewerbsfähigkeit und Planungssicherheit der Unternehmen zu gewährleisten, dürfen keine weiteren gesetzlichen Eingriffe in die Tarifautonomie der Sozialpartner erfolgen. Eine gesetzliche Erhöhung des Mindestlohns wird daher abgelehnt.
Zudem fordert der HDH eine Sozialgarantie 2030 sowie eine Deckelung der Sozialabgaben, um die finanzielle Belastung für Unternehmen und Arbeitnehmer planbar und nachhaltig zu gestalten. Die übergeordnete Frage, anhand derer politische Maßnahmen bewertet werden, lautet: Welche Auswirkungen haben die Vorschläge der Partei auf die soziale Sicherheit, die Tarifautonomie und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft?

Bewertung Tariftreuegesetz

Partei	Bewertung
SPD	Das Tariftreuegesetz wurde in der Ampel vom SPD-Ein Tariftreuegesetz hilft nicht die Tarifbindung zu erhöhen, sondern schafft weitere unnötige Hürden für Unternehmen, um sich an öffentlichen Vergabeverfahren zu beteiligen. Die damit ohnehin schon geringe Beteiligung in solchen Verfahren wird damit nachhaltig geschwächt, was viele öffentliche Sektoren betreffen wird.
Die Grünen	Ein Tariftreuegesetz hilft nicht die Tarifbindung zu erhöhen, sondern schafft weitere unnötige Hürden für Unternehmen, um sich an öffentlichen Vergabeverfahren zu beteiligen. Die damit ohnehin schon geringe Beteiligung in solchen Verfahren wird damit nachhaltig geschwächt, was viele öffentliche Sektoren betreffen wird.
CDU/CSU	Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass die CDU keine Ausführungen zu einem Bundestariftreuegesetz macht. Dies lässt darauf schließen, dass solcherlei Pläne nicht verfolgt werden. Dennoch wäre eine Ablehnung im Wahlprogramm wünschenswert gewesen, da die CDU als voraussichtlich stärkste Kraft damit zeigen würde, dass sie bei kommenden Koalitionsverhandlungen zumindest ablehnend gegenüber einem Bundestariftreuegesetz ist
FDP	Keine Erwähnung eines Bundestariftreuegesetz ist grundsätzlich zu begrüßen, da damit die Einführung seitens der Partei nicht aktiv geplant ist. Eine Ablehnung im Wahlprogramm wäre dennoch wünschenswert gewesen.
Die Linke	Ein Tariftreuegesetz hilft nicht die Tarifbindung zu erhöhen, sondern schafft weitere unnötige Hürden für Unternehmen, um sich an öffentlichen Vergabeverfahren zu beteiligen. Die damit ohnehin schon geringe Beteiligung in solchen Verfahren wird damit nachhaltig geschwächt, was viele öffentliche Sektoren betreffen wird.
BSW	Ein Tariftreuegesetz hilft nicht die Tarifbindung zu erhöhen, sondern schafft weitere unnötige Hürden für Unternehmen, um sich an öffentlichen Vergabeverfahren zu beteiligen. Die damit ohnehin schon geringe Beteiligung in solchen Verfahren wird damit nachhaltig geschwächt, was viele öffentliche Sektoren betreffen wird.

AFD	Keine Erwähnung.

Bewertung Mindestlohn

Partei	Bewertung
SPD	Die SPD verkennt sowohl die Bedeutung der EU-Mindestlohnrichtlinie, als auch die Unabhängigkeit der Mindestlohnkommission. Die Lohnfindung obliegt den Sozialpartnern und nicht dem Bundestag.
Die Grünen	Auch die Grünen verkennen sowohl die Bedeutung der EU-Mindestlohnrichtlinie, als auch die Unabhängigkeit der Mindestlohnkommission. Die Lohnfindung obliegt den Sozialpartnern und nicht dem Bundestag.
CDU/CSU	Die Sichtweise der CDU ist zu begrüßen. Sie ist im Vergleich zu der Sichtweise anderer Parteien nicht von Ideologie und falschen Wahlversprechen geleitet, sondern von Fakten.
FDP	Wie die CDU sieht auch die FDP die Unabhängigkeit der Mindestlohnkommission. Sie möchte sich nicht für eine politisch gesteuerte Lohnfindung einsetzen, auch wenn sie als Mitglied der Regierung für die außerordentliche Erhöhung des Mindestlohnes gestimmt hat. Ob dies in einer weiteren Regierungsbeteiligung wieder passieren würde, bleibt abzuwarten.
Die Linke	Die Linke verkennt sowohl die Bedeutung der EU-Mindestlohnrichtlinie, als auch die Unabhängigkeit der Mindestlohnkommission. Die Lohnfindung obliegt den Sozialpartnern und nicht dem Bundestag. Abzulehnen ist die Haltung, dass der Mindestlohn nur gegen die Stimmen der Gewerkschaften gefunden werden kann. Dies war so grundsätzlich von der Geschäftsordnung der Mindestlohnkommission vorgesehen. Die neue Geschäftsordnung macht dies ohnehin nicht mehr so einfach möglich. Eine entsprechende Sperre der Überstimmung sollte im Zweifel aber für beide Seiten gelten und nicht nur für die Gewerkschaft.
BSW	Ähnlich wie die Linke wird auch hier eine unverzügliche Anhebung des Mindestlohnes gefordert, ohne die Mindestlohnkommission auch nur zu erwähnen. Bei dieser Forderung ist zu erwarten, dass bei Nichterfüllung wieder eine Anhebung des Mindestlohnes per Gesetz gefordert wird.
AFD	In Zeiten, in denen die Diskussion um die Unabhängigkeit der Mindestlohnkommission so hart diskutiert wird, muss sich eine Partei zumindest diesbezüglich positionieren. Das Wahlprogramm der AFD lässt es komplett offen, ob sie für einen politisch bestimmten Mindestlohn sind oder nicht.

Soziale Absicherung

Partei	Bewertung
SPD	Ein starres Festhalten an einer Altersgrenze ist nicht zu befürworten. In Zeiten des Demografischen Wandels müssen Anreize für längeres Arbeiten geschaffen werden und gleichzeitig die Beiträge von langjährig einzahlenden Beschäftigten gewürdigt werden. Die Einführung eines Vorsorgesystemes für Selbstständige

	ist grundsätzlich zu begrüßen. Jedoch dürfen auch hier nicht zu starre Konzepte vorgesehen werden, um eine möglichst große Flexibilität der Altersvorsorge bei Selbstständigen zu ermöglichen.
Die Grünen	Ein festes Rentenniveau ist grundsätzlich zu begrüßen. Die Überführung von Beamten und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung muss fraglich beurteilt werden. Überführte Beamte und Selbstständige haben im Rentenfall entsprechende Ansprüche gegen die gesetzliche Rente, die von den bestehenden Rücklagen finanziert werden müssen. Gerade Selbstständige, die erst spät überführt werden, haben im Zweifel wenig eingezahlt und erhalten für die Beiträge, die sie dann abführen müssen entsprechend wenig aus der Rentenkasse zurück.
CDU/CSU	Es ist zu begrüßen, dass Anreize für das Arbeiten im Alter vorgesehen werden. Auch eine Frühstart-Rente kann ein geeignetes Mittel sein, um jungen Menschen bereits früh die Wichtigkeit der privaten Altersvorsorge zu vermitteln und einen guten Start ins Rentenalter langfristig zu ermöglichen.
FDP	Sowohl das flexible Renteneintrittsalter als auch die Kapitalgedeckte Altersvorsorge sind zu begrüßen. Es sollten jedoch insbesondere steuerrechtliche Anreize für eine private Altersvorsorge gefordert werden.
Die Linke	Die geforderten Strukturen sind zu straff und lassen keinen Raum für eine individuelle Vorbereitung auf den Ruhestand. Insbesondere eine Mindestrente bedarf eines erheblichen Finanzierungsaufwandes, den die gesetzliche Rentenkasse so nicht stemmen kann. Wie dies bezahlt werden soll, wird nicht ausgeführt.
BSW	Die stufenweise erhöhende Mindestrente zeugt von einem geringen Verständnis der Systematik des Rentensystems. Eine Erhöhung von lediglich 100 Euro alle 10 Jahre Beitragszahlung stellen nur einen geringen Anreiz dar, auch im höheren Alter noch einer Beschäftigung nachzugehen. Bei dem demografischen Wandel sind aber solche Anreize wichtig.
AFD	Die Pläne der AFD geben kaum bis gar keinen Plan vor, wie die Rente nachhaltig gesichert werden kann. Zwar ist die Unterstützung von Eltern, die zur Erziehung der Kinder zu Hause bleiben zu begrüßen, es bedarf aber konkreterer Forderungen, um solche Bürger vor Altersarmut zu schützen.

Sozialabgaben

Partei	Bewertung
SPD	Sowohl die Senkung der Kosten für das Gesundheitssystem als auch der Stabilität der Beiträge sind zu begrüßen. Die Überführung der Privatversicherten in die gesetzliche Krankenversicherung mag interessant klingen, eine genaue Ausgestaltung dieses Systems ist jedoch derart kompliziert, dass nur ein gut durchdachtes Konzept zielführend sein kann. Dies sucht man im Wahlprogramm jedoch vergeblich.
Die Grünen	Wie bei der SPD mag der Plan der Verbindung privater und gesetzlicher Krankenkassen als gute Idee zu sehen sein, aber es ist zweifelhaft, dass die Grünen ein Konzept erarbeiten können, welches diesen Plan überzeugend umsetzt. Die Erhebung von Sozialabgaben auf Kapitalerträge sind abzulehnen, selbst wenn es Freibeträge geben sollte. Die künstliche Erhebung von

	Beiträgen, die zur Unterstützung eines maroden Finanzierungssystems genutzt werden, zeugen nicht von nachhaltigem Denken.
CDU/CSU	Die Pläne der Union sind zu begrüßen. Die Ablehnung der Verbindung von privater und gesetzlicher Krankenversicherung sind zu begrüßen, da es bisher noch kein Model gibt, welches einen entsprechenden Plan überzeugend umsetzen könnte.
FDP	Die Pläne der FDP sind grundsätzlich zu begrüßen, kapitalgedeckte System im Gesundheits- und Pflegeversicherungssystem könnten zu starr sein und eine flexible Nutzung vorhandener Gelder einschränken.
Die Linke	Wie bei der SPD und Grünen ist es zweifelhaft, ob ein gutes Konzept erarbeiten werden kann, welches diesen Plan überzeugend umsetzt.
BSW	Wie bei der SPD, Grünen und die Linke ist es zweifelhaft, dass ein Konzept erarbeiten wird, welches diesen Plan überzeugend umsetzt.
AFD	Es ist besorgniserregend, dass die AFD zu diesem Punkt keinerlei Aussagen trifft. Es zeugt davon, dass die von der Wichtigkeit der Versorgung kranker und pflegebedürftiger Leute keine Ahnung haben.

Klima, Umwelt- und Waldpolitik

Dem Forderungspapier des HDH sind für den Bereich der Klima-, Umwelt- und Waldpolitik folgende Kernforderungen zu entnehmen: Die Forstwirtschaft aktiv im Klimawandel unterstützen und die Gesellschaft durch Waldumbau und nachhaltige Holzernte ganzheitlich klimafreundlich zu gestalten. Damit dies auch vollumfänglich gelingen kann, sind die Forderungen des Klimaschutzgesetztes zum LULUCF-Sektor zu überarbeiten. Durch den fehlverstandenen Klimaschutzgedanken durch Holzanreicherung, steuern die heimischen Wälder in die instabile Überbevorratung. Doch nicht nur im Klimaschutzgesetz wird das „aktive Nichtstun“ honoriert, sondern unter Umständen auch durch die Honorierung von passiven Ökosystemdienstleistungen. Das aktive Erbringen durch beispielsweise Waldumbau ist förderungswürdig, die Stilllegung von Wäldern sollte hingegen nicht durch staatliche Finanzierungen unterstützt werden. Aus Sicht der Holzindustrie dürfen keine weiteren bürokratischen und gesetzlichen Belastungen für die Waldbewirtschaftung aufgestellt werden. Das Ziel muss eine kontinuierliche Versorgung mit dem klimafreundlichen Rohstoff Holz sein.
Die übergeordnete Frage, anhand derer die Programme bewertet wurden, lautet: Welche Auswirkungen haben die Vorschläge der Partei für die Versorgung der Industrie mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz?

Wald und Rohstoffpolitik

Partei	Bewertung
SPD	Die geplante Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, um die Ökosystemleistungen der Wälder für zukünftige Generationen zu sichern, zeigt, dass die SPD hier an die gesetzlichen Grundsätze heran möchte. Das kann positiv, oder negativ sein, klingt im ersten Moment aber stärker nach einer Übernahme der NGO-Forderungen nach mehr Ordnungspolitik in der Waldbewirtschaftung.

Die Grünen	Die Grünen setzen wie nach den letzten Wahlen auf eine Novelle des Bundeswaldgesetzes, das eine natur- und klimaverträgliche Holznutzung zum Standard macht. Ziel ist der Erhalt und die Wiederherstellung naturnaher Wälder mit heimischen, standortgerechten Baumarten. Die Bekämpfung von Klimaschäden, Trockenheit und Schädlingsbefall soll vorangetrieben werden. Kaskaden- und Mehrfachnutzung von Biomasse Holz und andere Biomasse sollen effizient genutzt werden, um ihre Wertschöpfung zu maximieren, dahinter verbirgt sich die Verringerung der nutzbaren Waldfläche. Unternehmen in der Holzwirtschaft müssen sich auf verstärkte Regulierungen für eine nachhaltigere Nutzung einstellen.
CDU/CSU	Die Forderungen der Union spiegeln die Position der Forst- und Holzwirtschaft wieder, wobei die Verbände der Forstwirtschaft hier ihre Positionen nach Förderung des Waldumbaus klarer wiedergegeben finden, als die Holzwirtschaft, die eher abstrakt auf die „Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten von Holz“ reduziert wurde. Zumindest im Bekenntnis zur nachhaltigen Nutzung der Wälder findet sich eine gemeinsame Linie. Der politische Kampf der Waldbesitzerverbände gegen die Einschränkung der energetischen (Wald)holznutzung könnte auch Auswirkungen auf den Konflikt zwischen stofflichen und energetischen Restholznutzern haben.
FDP	Die FDP möchte Handlungsspielräume für nachhaltige Waldwirtschaft schaffen. Das bestehende Bundeswaldgesetz habe sich bewährt. Eigentumseingriffe und unnötige Bewirtschaftungsvorschriften werden nicht unterstützt. Die EUDR sei praxisuntauglich. Den klimaresilienten Waldumbau mit standortgerechten, auch nicht-heimischen Baumarten wird unterstützt. Bewirtschaftete Wälder schützen das Klima, schaffen Arbeitsplätze im ländlichen Raum und reduzieren Rohstoffabhängigkeiten. Sämtliche Nutzung von Holz aus nachhaltiger Bewirtschaftung sei klimaneutral und müsse auch rechtlich so behandelt werden. Damit vertritt die Partei die klassischen Wirtschaftspositionen im Sinne der Rohholz verbrauchenden Betriebe.
Die Linke	Wie bei der SPD und Grünen ist es zweifelhaft, ob ein gutes Konzept erarbeiten werden kann, welches diesen Plan überzeugend umsetzt.
BSW	Das BSW fordert, Wälder mit Baumarten aufzuforsten, die besser mit den Klimaveränderungen zurechtkommen. Damit ecken sie nicht an und bleiben in der Position neutral.
AFD	Die AfD setzt sich für eine Förderung des Baumaterials und Energieträgers Holz ein, um eine nachhaltige Bewirtschaftung und Sicherung der Wälder zu erreichen. Man will den Abbau der ausufernden Bürokratie bei der Dokumentation in der Forstwirtschaft umsetzen. Insgesamt zu wenig Ansätze, um daraus eine konkrete rohstoffpolitische Agenda für Holz abzuleiten.

Nutzungsverbote

Partei	Bewertung
SPD	Keine Aussagen getätigt.
Die Grünen	Keine Aussagen getätigt.

CDU/CSU	Die CDU möchte „auf Anreize, Vertragsnaturschutz, die Honorierung von Natur- und Umweltschutz sowie Innovationen“ setzen. Dass dabei „zwangsweise Stilllegen von Flächen“ abgelehnt werden ist generell zu unterstützen.
FDP	Wir heben positiv hervor, dass die FDP Nutzungsverbote im Wald ablehnt.
Die Linke	Der Forderung der Linkspartei nach Ausweitung von Flächenstilllegungen kann nicht zugestimmt werden. Das Programm folgt dem Narrativ der Naturschutzverbände, nach dem 5% gesetzlich geschützter Waldfläche noch nicht erreicht sind.
BSW	Keine Aussagen getätigt.
AFD	Die weitere Stilllegung forstwirtschaftlicher Flächen im Sinne eines missverstandenen Schutzgedankens lehnt die AfD ab. Dass der aktive Waldumbau als Schutzmaßnahme gegen den Klimawandel jedoch von der AfD auch nicht herangezogen wird, ist dabei im Hinterkopf zu behalten.

Bauen und Sanieren

Eine zukunftsorientierte Bau- und Wohnungspolitik, muss um langfristig klimafreundlich zu werden, den nachhaltigen Baustoff Holz stärker in den Fokus rücken. Ein wirkungsvolles Konjunkturprogramm für Bauen und Wohnen ist notwendig, um Investitionen anzukurbeln und dem Wohnraummangel entgegenzuwirken. Gleichzeitig braucht es eine spürbare Vereinfachung des Baurechts, damit Planungs- und Genehmigungsprozesse schneller und effizienter ablaufen.

Die Förderung klimafreundlichen Bauens und Sanierens spielt dabei eine zentrale Rolle, um ressourcenschonende Bauweisen voranzubringen. Besonders der Holzbau bietet großes Potenzial für CO_2-Reduktion und nachhaltiges Wirtschaften – seine gezielte Stärkung ist daher unerlässlich. Ebenso muss die Verfügbarkeit von Bauland verbessert werden, um den Wohnungsbau langfristig zu sichern.

Diese zentralen Forderungen werden mit den Parteiprogrammen der Bundesparteien abgeglichen, um ihre Auswirkungen auf die Bauwirtschaft und den Einsatz von Holz als klimafreundlichem Baustoff zu bewerten.

Bau- und Wohnungspolitik

Partei	Bewertung
SPD	Die SPD möchte Wohnraummangel mit einer Investitions-, Steuer- und Entbürokratisierungsoffensive überwinden und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Es sollen bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen über Bürokratieabbau, Digitalisierung der Verwaltung und einer Genehmigungsfiktion geschaffen werden, um schneller bauen zu können. Über einen Deutschlandfonds soll der Wohnungsbau angekurbelt und allgemein die Baukosten gesenkt werden. Förderprogramme im Baubereich sollen zukünftig zu festen Konditionen für die Dauer der Legislatur verlässlich angeboten werden, um mehr Planungssicherheit zu gewährleisten. Die Sanierung soll über das Programm "Jung kauft Alt" vorangetrieben werden.

	Insgesamt werden konkrete Ziele und Zahlen jedoch nicht angesprochen. Mit dem Versprechen nach Planungssicherheit auch bei den Förderprogrammen will man aus den Fehlern der vergangenen Legislatur lernen und auch der serielle und modulare Bau wird hervorgehoben. Der Holzbau wird allerdings im Wahlprogramm nicht erwähnt.
Die Grünen	Die Grünen setzen bei der Bau- und Wohnungspolitik auf einen Mix aus Neubau, Modernisierung und Aufstockung bzw. Nachverdichtung, wobei ein Augenmerk auf schnelles, kostengünstiges und klimaverträgliches Bauen (Förderung klimaverträgliches Bauen) gesetzt wird. Hierzu soll es eine Wohnungsbauprämie geben, deren Höhe mit der Inflation steigt und eine Klimakomponente beinhaltet, um auch Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu Wohneigentum zu erleichtern. Des Weiteren soll das Baurecht vereinfacht, Verfahren digitalisiert und bundesweit angleichen werden, wodurch alle Formen des Bauens profitieren. Maßnahmen zur Senkung von Baukosten und zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sollen Bauunternehmen entlasten und es wird eine verstärkte Nutzung nachhaltiger Baustoffe wie Holz angestrebt sowie die Kreislaufwirtschaft beim Bau soll gefördert werden.
CDU/CSU	Die CDU will die Baukosten durch mehr Bauland und niedrigere, sinnvolle Standards senken. Hierfür sollen die Bürokratie (Bauordnungs- und Raumordnungsrecht entschlacken, Baukostenmoratorium und Reduzierung von Vorschriften) verringert, die Digitalisierung gesteigert und Bau-Förderung neu ausgerichtet werden. In einem Mix aus (Innen-)Verdichtung, Neubaugebieten und Aufstockung von Wohn- und Geschäftsgebäuden soll die Bauwirtschaft in allen Bereichen belebt werden. Hierbei möchte man die Förderung auf den Geschosswohnungsbau in angespannten Wohnungsmärkten konzentrieren mit einer deutlich höheren, zeitlich befristeten Sonderabschreibung für bezahlbaren Wohnraum, ergänzt durch eine wirkungsvolle degressive Abschreibung. Der bestehende Energieeffizienzstandard EH55 für Neubauten soll behalten werden und wieder förderfähig werden.
FDP	Die FDP möchte schnelleres und günstigeres Bauen ermöglichen, indem sie steuerliche Abschreibungen im Wohnungsbau verbessern, ein Baukostenmoratorium beschließen und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Einheitliche Anforderungen und bundesweite Genehmigungsstandards sollen das serielle Bauen voranbringen und BIM als neuer Planungsstandard implementiert werden. Es soll eine Bund-Länder-Offensive für den Bau geben, die neben der Nachverdichtung und Aufstockung auch die Ausweisung neuer Bauflächen für Neubauten ausweist. Zur Reduzierung der Kosten soll es einen Grunderwerbsteuerfreibetrag von 500.000 EUR für die erste selbst genutzte Immobilie von natürlichen Personen geben. Für Familien erhöht sich dieser Freibetrag für jedes Kind um 100.000 Euro.
Die Linke	Es sollen 20 Mrd. Euro pro Jahr in gemeinnützigen Wohnraum investiert und der Leerstand besser genutzt werden. Dadurch soll der Wohnraummangel entschärft und die Bauwirtschaft angekurbelt werden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen auf soziale Gerechtigkeit ab. Holzbau wird im Wahlprogramm nicht erwähnt.

BSW	Für den Wohnungsneubau soll es eine Trendwende geben. Die öffentliche Hand soll maßgeblich Bauaufträge schaffen, Baukosten und Bürokratie (überzogene Bauvorschriften) sollen reduziert und auch das serielle Bauen soll vereinfacht werden. Der Holzbau wird nicht direkt angesprochen.
AFD	Hinsichtlich des Themas Bau- und Wohnungspolitik wird das Wahlprogramm der AfD wenig konkret bzgl. Zielen oder Finanzierung. Hervorzuheben ist die Erwähnung des Baumaterials Holz, welches gefördert werden soll.

Holzbau / nachhaltiges Bauen

Partei	Bewertung
SPD	Holzbau werden nicht erwähnt.
Die Grünen	Ziel der Grünen ist ein schneller, kostengünstiger, klimaverträglicher und erleichterter Wohnungsbau, der durch die Förderung klimaverträgliches Bauen unterstützt werden soll. Dabei soll eine verstärkte Nutzung nachhaltiger Baustoffe wie Holz sowie der Einsatz nachhaltiger Dämmmaterialien (Hanf und Schilf) angestrebt werden, um neue Marktchancen für Unternehmen, die innovative Materialien verarbeiten, zu bieten. Maßnahmen zur Senkung von Baukosten und zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren könnten Bauunternehmen entlasten.
CDU/CSU	Für die CDU ist Holz ein wichtiger, nachhaltiger Rohstoff. Dementsprechend soll Holz als vielseitiger und nachhaltiger Werkstoff weiter gefördert werden. Unter anderem soll es Entlastung von Unternehmen in der Holzverarbeitung geben, indem regulatorische Hürden gesenkt werden.
FDP	Keine Aussagen getätigt.
Die Linke	Keine Aussagen getätigt.
BSW	Keine Aussagen getätigt.
AFD	Die AfD spricht sich für die Förderung des Baumaterials und Energieträgers Holz aus. Konkrete Maßnahmen oder Pläne fehlen.